

Einbringungsrede zum Haushalt 2016 durch Bürgermeister Michael Schlepper in der Sitzung der Gemeindevertretung am 16. September 2015

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Kollegen,

wir sind diesmal mit der Einbringung unseres Haushalts planmäßig früh dran. Der Gemeindevorstand hat in zwei Ganztagsitzungen Mitte August den Haushaltsplanentwurf 2016 beraten, so dass er heute eingebracht werden kann.

Ich bin sehr froh, dass wir mittlerweile in der Lage sind, dass die Verfahren rechtzeitig und zielgerichtet zu einem Ergebnis geführt werden können.

Dies sah 2007, als ich hier als Bürgermeister angefangen habe, ganz anders aus. Mittlerweile haben wir die Umstellung auf die Doppik verkraftet und die Irritationen und Fragwürdigkeiten aus der Vergangenheit weitestgehend hinter uns gelassen.

Aktuell sind die Jahresabschlüsse 2009 bis 2012 in der Prüfung. Der Jahresabschluss 2013 ist fertig gestellt und vom Gemeindevorstand festgestellt. Derzeit erarbeitet die Kämmerei den Jahresabschluss 2014.

Auch was die Auflösung des Bürgerhausbetriebes anbelangt, sind wir ein ganzes Stück weiter gekommen. Es liegen die Jahresabschlüsse der Bürgerhausbetriebe bis einschließlich 2013 vor. Wir haben einen klaren Fahrplan in der Bearbeitung, um im nächsten Jahr die Auflösung des Bürgerhausbetriebs und damit die Eingliederung des Thermal Freibads in die Staatsbad Schlangenbad GmbH umsetzen zu können.

Das Ziel ist ambitioniert und kann nur durch großes Engagement aller Beteiligten erreicht werden. Wenn es allerdings erreicht ist, sind wir endlich da, wo wir sein müssen:

routinemäßig zeitnahe Abschlüsse und regelmäßige Haushaltsberichte. Damit haben wir für die Verwaltung und für die Gremien noch klarere Steuerungsmöglichkeiten für die kommunalen Haushalte.

Auch nach dem Ausscheiden des bisherigen Kämmereileiters Herrn Schumann sind wir derzeit mit dem neuen Kämmereileiter, Herrn Schloßbauer und seinem Vertreter Herrn Funk sehr gut aufgestellt.

Leider verlässt uns Herr Schloßbauer planmäßig Mitte Juni nächsten Jahres. Erarbeitet werden alternativ eine Lösung im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit oder eine weiterhin eigenständige Kämmereilösung. Ich mache kein Geheimnis daraus, dass eine Interkommunale Zusammenarbeit in diesem Bereich komplex und schwierig umsetzbar sein würde. Insofern besteht eine gewisse Skepsis, dass es dazu kommt.

Mein Dank geht zunächst an die Mitarbeiter der Kämmerei, die einen guten Job machen und dazu beigetragen haben, dass wir frühzeitig den Haushaltsplan 2016 einbringen können.

Bei der Gelegenheit will ich ausdrücklich alle Mitarbeiter/innen der Gemeinde in den Dank einbeziehen. Unsere Verwaltung war im abgelaufenen Haushaltsjahr und wird auch im laufenden und kommenden Jahr besonderen Belastungen ausgesetzt sein. Zum einen ist die Maßnahme Rathaus-/Cafehallensanierung zu nennen. Viel Lärm, Staub und Räumungsarbeiten mussten bereits durch die Mitarbeiter/innen im Rathaus ertragen werden. Wir sind im Zeitplan. Im Spätherbst ist geplant, dass die Verwaltung in das provisorische Rathaus, die Caféhalle bzw. ins Bauamt in Georgenborn umzieht, so lange bis das Rathaus saniert sein wird. Es wird sehr eng, also eine besondere Herausforderung. Dazu kommen die vielen personellen Veränderungen mit organisatorischen

Umstrukturierungen und die zusätzliche Aufgabe „Unterbringung der Menschen auf der Flucht“, die Arbeitszeit erheblich bindet. Angesichts den aktuellen Erfordernissen und der Tatsache, dass mit zunehmenden Zahlen – Ministerpräsident Bouffier rechnet nach einem Interview von Ende August mit einer Million Flüchtlingen allein in diesem Jahr - und damit weiteren zusätzlichen dauerhaften Herausforderungen zu rechnen sein wird, schlägt Ihnen der Gemeindevorstand vor, eine halbe Hausmeister/Betreuungsstelle für den Bereich „Menschen auf der Flucht“ bereitzustellen. Die Kosten können gegenüber dem Kreis im Rahmen der Pauschale geltend gemacht werden. Bei der Gelegenheit möchte ich mich ausdrücklich sehr herzlich bei den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung, vor allem jedoch bei den vielen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen bedanken, ohne deren oft extrem zeitintensive Arbeit diese betroffenen Menschen nicht ausreichend unterstützt werden könnten. In den Dank einbeziehen möchte ich auch alle Bürgerinnen und Bürger, die spenden und auch für die manchmal erforderliche Geduld. Aktuell sind unsere Einrichtungen Haus Tanneneck und die beiden zur Verfügung stehenden Wohnungen – bei vergleichsweise hoher Fluktuation wegen anerkannter bzw. abgelehnter Flüchtlinge – voll belegt. Der Kreis wartet auf neue Zuweisungen. Konkrete neue Zahlen hat das Regierungspräsidium für Ende September angekündigt. Bund und Land müssen ihre Hausaufgaben machen. Das heißt, es dürfen nur solche Flüchtlinge in die Kommunen weitergeleitet werden, die wirklich Flüchtlinge sind und die Finanzierung auch für die Unterbringung muss sichergestellt werden. Für uns alle ist das eine menschliche, wirtschaftliche, organisatorische und kulturelle Herausforderung. Egal was da alles noch auf uns zukommt: Mit Engagement und Zusammenarbeit müssen wir unseren Part als Gemeinde

leisten. Und alle Mandatsträger müssen sehr darauf achten, dass die Diktion stimmt, insbesondere, dass pauschalen, diffamierenden Äußerungen konsequent entgegengetreten wird. Berechtigte Fragen der Bürgerinnen und Bürger müssen eine Antwort finden. Aber: Kein Raum für rechtsradikales Gedankengut!

Zurück zur Haushaltsprosa:

Gestatten Sie mir zunächst einige wenige Anmerkungen zu den abgelaufenen Jahren.

Mittlerweile sind wir von ca. 2,5 Millionen Euro Defizit pro Jahr vor Beginn der Schutzschirmvereinbarung auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt, der schwarzen Null. Regelmäßig wurden in den abgelaufenen Haushaltsjahren durch strenge Ausgabendisziplin der Verwaltung, aber auch durch die Steuererhöhungen der Vergangenheit und eine allgemeine positive Wirtschaftsentwicklung die Plandefizite unterschritten.

Nach der derzeitigen mittelfristigen Finanzplanung, die sie unter Kapitel 8 finden, ist erstmals in 2019 ein Überschuss von 53.000 Euro geplant. Voraussetzung ist, dass die derzeitige wirtschaftliche positive Entwicklung, die den vorliegenden Orientierungsdaten von Bund und Land zugrunde liegt, konstant bleibt und dass sich der Kommunale Finanzausgleich so stabilisiert, dass unter dem Strich keine wesentliche Verschlechterung zu Lasten unserer Gemeinde erfolgt.

Die wichtigsten beiden Botschaften des Haushalts 2016 sind:

1. Er ist „schutzschirmkonform“, d. h. wir erfüllen für die Jahre 2016 bis 2019 unsere Verpflichtungen aus dem Schutzschirmvertrag gegenüber dem Land Hessen.

2. Das gelingt, ohne dass die Steuer- oder Gebührensätze erneut erhöht werden müssen.

Bei Erträgen von 11.745.680,- Euro und Aufwendungen von 12.013.215,- Euro beträgt der nach dem vom Gemeindevorstand festgestellten Haushaltsplanentwurf geplante Fehlbetrag im Ergebnishaushalt 267.535,- Euro. Das ist eine Verbesserung gegenüber dem Schutzschirmversprechen um 104.277,- Euro.

Kommunaler Finanzausgleich

Bei den Erträgen zum KFA wurde der unserer Berechnung für die KFA Zahlen zugrunde gelegte Wert für den Grundbetrag auf Basis der Vergangenheitswerte und der zweiten vom Land Hessen zur Verfügung gestellten Modellrechnung vorsichtig geschätzt. Die konkreten Orientierungsdaten für 2016 werden erst im Oktober/November diesen Jahres vorliegen. Insoweit besteht noch eine Unsicherheit.

Eine Auswirkung des mittlerweile vom Land Hessen gesetzlich fixierten neuen Kommunalen Finanzausgleichs kann man deutlich daran erkennen, dass sich die sogenannten Schlüsselzuweisungen, die wir vom Land über diesen Ausgleich erhalten, von 838.000 Euro für das Jahr 2015 gemäß der aktuellen Modellrechnung voraussichtlich auf rund 330.000 Euro im Jahr 2016, also um 508.000 Euro, reduzieren würden.

Diese Modellrechnung ergab aber auch, dass der Mittelbedarf für die an den Rheingau-Taunus-Kreis abzuführenden Kreis- und Schulumlagen im nächsten Jahr voraussichtlich gegenüber den bereits feststehenden Umlagen für 2015 um 341.000 Euro auf 3,3 Mio. Euro sinken würden.

Es werden sich also erhebliche Verschiebungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs ergeben und letztlich hängt die Veränderung der Schlüsselzuweisungen mit unseren höheren Steuersätzen, hoher Einkommen- und Umsatzsteuer und der daraus resultierenden höheren Steuerkraft zusammen. Einmal mehr zeigt sich die Abhängigkeit unserer Finanzen vom KFA.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan finden Sie eine sehr ausführliche Darstellung der wichtigsten Kennzahlen für 2016 und Erläuterungen zu den einzelnen Produkten. Ich verweise darauf und will Ihr Augenmerk nur auf einige wesentliche Punkte lenken:

Gewerbesteuer

Die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens ist auch mit Blick auf die Konjunktur nur schwer zu schätzen, aktuell ist sie aber erfreulich. Wir rechnen mit einem Netto-Volumen (Gewerbesteueraufkommen abzüglich Gewerbesteuerumlage) von rund 722 T€. Gegenüber dem Haushaltsansatz 2015 mit rund 661 T€ steigt der Ansatz um 61 T€ EUR / 9,2%, gegenüber dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2014 steigt der Ansatz um rund 97 T€ / 15,5%. Das Produkt entwickelt sich besser als geplant. Für das Haushaltsjahr 2015 wurden bereits Bescheide für die Gewerbesteuer in Höhe von insgesamt ca. 889 T€ ausgestellt. Die Entwicklung für 2016 (und 2017-19) wurde anhand der Mai – Steuerschätzung sowohl für die Gewerbesteuer als auch für die Gewerbesteuerumlage vorgenommen.

Pferdesteuer

Nachdem bereits der Hess. VGH in Kassel in einem gleichgelagerten Fall den eingereichten Normenkontrollantrag

gegen eine Pferdesteuersatzung zurückgewiesen hatte, hat jetzt auch das Bundesverwaltungsgericht diese Entscheidung bestätigt. Mittlerweile sind Pferdehalter ihrer Meldepflicht nachgekommen. Die Bescheide für 2015 sind von unserem Steueramt in Taunusstein verschickt. Erst nach der Veranlagung stehen die genauen Zahlen fest. Ich berichte jetzt vom Stand 15.04.15. Von den mit Stand 24.06.15 gemeldeten 112 Pferden sind aufgrund von gewerblicher Nutzung 27 und als sog. Gnadenbrotpferde 56 Pferde von der Steuerpflicht befreit. Es verbleiben also 29 steuerpflichtige Pferde. Bei einem Steuersatz pro Pferd von 300.- € macht das 8.700.- €. Abzüglich der Kosten in Höhe von ca. 1.400.- € verbleiben 7.300.-€, eine angesichts der genannten sonstigen Einnahmen verschwindende Größe. Ich glaube nicht, dass sich die intensive Diskussion, die wir wegen dieser Steuer mit unseren Bürgerinnen und Bürgern führen müssen und der teilweise eingetretene Imageverlust für Schlangenbad angesichts der Höhe der erzielbaren Bagatellsteuer lohnen. Allerdings sind die Vorarbeiten abgeschlossen und die Steuer kann routinemäßig eingezogen werden.

Ordnungsangelegenheiten

Im Produkt Ordnungsangelegenheiten wurde ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 108 T€ veranschlagt. Gegenüber dem Haushaltsansatz 2015 mit 87 T€ verbessert sich das Ergebnis um 21 T€, gegenüber dem vorläufigen Ergebnis 2014 mit 86 T€ um 22 T€. Im Vergleich zum Vorjahr gründet dies insbesondere auf niedrigeren Personalaufwendungen (-39 T€) und niedrigeren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (-32 T€). Demgegenüber stehen niedriger zu erwartende Erträge aus Buß- und Verwarngeldern (-40 T€) und höhere Abschreibungen (+10 T€). Hintergrund der Entwicklung in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist zum einen die Anschaffung einer mobilen Blitzanlage, die zur Senkung der bisherigen Aufwendungen für den entsprechenden Dienstleister (-20 T€) und im Gegenzug zu einer Erhöhung der Abschreibungen führt. Zudem korreliert der Sach- und

Dienstleistungsaufwand mit den Vorgangszahlen bei den Buß- und Verwargeldern, was folglich ebenfalls zu einem entsprechenden Rückgang der Aufwendungen (-12 T€) führt. Der Rückgang der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus der Stelleneinsparung nach der Zusammenlegung von Hauptamt und Ordnungsamt. Berücksichtigt ist der Ansatz für die neue Blitzanlage in Wambach und dass wir bei den beiden Blitzanlagen in Georgenborn und Schlangenbad nicht mit hohen Einnahmen rechnen können. Im Gegenzug wird der ursprünglich kalkulierte erhöhte Personalaufwand nicht in vollem Umfang erforderlich.

Friedhofs- und Bestattungswesen

Im Zuge der Kommunalreform wurde die Entscheidung getroffen, alle Friedhöfe in den Ortsteilen beizubehalten. Die hierdurch zwangsläufig hohen Kosten (durchschnittlich 60 Beerdigungen auf 7 Friedhöfen) sind als politisch gewünscht zu betrachten. Insgesamt sind in dem Produkt 03.553.01 „Friedhofs- und Bestattungswesen“ ordentliche Erträge in Höhe von 72 T€ veranschlagt. Diesen stehen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 112 T€ gegenüber. Im ordentlichen Ergebnis wird insofern von einer Unterdeckung von rund 40 T€ ausgegangen. Infolge der Berücksichtigung von internen Leistungsbeziehungen wird in diesem Produkt jedoch eine Unterdeckung von rund 142 T€ erwartet.

Gegenüber dem Vorjahresansatz mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von rund 32 T€ beträgt die Ergebnisverschlechterung 8 T€.

Entsprechend den letzten Haushaltsgenehmigungen sind die Gebühren nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entsprechend den §§ 92 Abs. 2 und 93 Abs. 2 HGO i. V. m. § 10 KAG zu berechnen und anzupassen. Inwiefern die Aufsichtsbehörde die Unterdeckung im ordentlichen Ergebnis dieses Produkts mitträgt bleibt abzuwarten. Wir sind gefordert, konzeptionell Veränderungen herbeizuführen, um zum einen

Kosten insbesondere durch geringere Aufwendungen für die Grünflächenpflege zu reduzieren, andererseits durch bessere Angebote z.B. mit einem zusätzlichen Angebot alternativer Bestattungsformen und durch ein vernünftiges Gebührenmodell die Attraktivität unserer Friedhöfe und damit auch die Einnahmen zu steigern. Dazu haben wir exemplarisch die Friedhöfe Bärstadt und Georgenborn vermessen und digital erfassen lassen. Das muss für alle Friedhöfe nach und nach geleistet werden. Die Ergebnisse sind in unser Friedhofsprogramm einzugliedern. Abgelaufene Gräber müssen systematisch erfasst und nach Ablauf der Ruhefristen muss konsequent gehandelt werden. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des zuständigen Fachbereichsleiters Herr Diener ist etabliert, die sich derzeit mit der vorliegenden Planung zu Attraktivitätssteigerungen eines auf Friedhofsplanungen spezialisierten Landschaftsplaners für die beiden Friedhöfe befasst. Anschließend werden die betroffenen Gremien und die am Friedhofswesen Beteiligten in die Diskussion einbezogen.

Kindertagesstätten

In dem Produkt wurden rund 448 T€ an ordentlichen Erträgen in Ansatz gebracht. Diesen stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.837 T€ gegenüber. Insofern wird dieses Produkt planmäßig mit einem negativen ordentlichen Ergebnis in Höhe von rund 1.389 T€ schließen. Das in Ansatz gebrachte ordentliche Vorjahresergebnis weist eine Unterdeckung von 1.353 T€, das vorläufige Rechnungsergebnis 2014 unter Berücksichtigung der „Plan-AfA“ und den Planerträgen aus der Auflösung von Sonderposten eine Unterdeckung von rund 1.176 T€ aus. Mithin verschlechtert sich das planmäßige ordentliche Ergebnis gegenüber dem Vorjahresansatz um rund 36 T€ / 2,7% und gegenüber dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2014 um rund 213 T€ / 18,1%.

In der Schutzschirmvereinbarung mit dem Land Hessen wurde als Basis aus den Fehlbeträgen 2010 und 2011 ein durchschnittliches ordentliches Ergebnis von rund 1.248 T€

festgestellt. Gegenüber dieser Basis beträgt die in Ansatz gebrachte Haushaltsverschlechterung 141 T€ / 11,3%. Unter Berücksichtigung der Schutzschirmvereinbarungen „Einsparungen im Kitabereich“ und „Strukturelle Entlastung Kita durch Land“ zu je 100 T€ belief sich die Basis für das ordentliche Rechnungsergebnis für 2016 auf 1.048 T€. Gegenüber dieser schutzschirmkonformen Basis verschlechtert sich das in Ansatz gebrachte ordentliche Ergebnis um rund 341 T€ / 32,5%.

Es bleibt also festzustellen: Die ursprüngliche Idee in unserem Konsolidierungspfad, 100.000.- Euro einzusparen und auf weitere 100.000.- Euro mehr vom Land zu hoffen, lässt sich nicht umsetzen. Es wäre zu direkt zu sagen: erwartungsgemäß, da wir uns auch bei der Einstellung dieser beiden Positionen sehr wohl bewusst waren, dass es hier mehr um die Dokumentation unserer Position als Gemeinde gegenüber Bund und Land geht, die ja durch den Rechtsanspruch erst das sich verändernde Nachfrageverhalten der Eltern verstärkt haben. Aber: Der sehr hohe Zuschussbedarf durch die Gemeinde kann nicht unbegrenzt weiter steigen. Nicht umsonst muss hier angesichts eines sehr guten, aber auch sehr kostenintensiven Angebots und zu erwartenden weiteren erheblichen Kostensteigerungen die Diskussion auch um höhere Elternbeiträge geführt werden. Ich erwähne hier die Tarifverhandlungen im Kita – Bereich, die uns zwar zum Großteil nicht direkt, aber im Nachgang spätestens wenn der ASB einen neuen Tarifvertrag abschließen wird, belasten wird. Das Thema Kita wird uns in der nahen Zukunft auch deshalb beschäftigen, weil bereits jetzt absehbar ist, dass wir – was ja grundsätzlich gut ist – erhebliche Steigerungen der Zahlen der Kinder im KiTa – Alter zu verzeichnen haben, also – trotz Fertigstellung der Krippe in Bärstadt möglicherweise weitere Anstrengungen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs erforderlich werden. Der Kita – Entwicklungsplan wird in die nächste Gremienrunde eingebracht.

Breitband

Im Bereich Städteplanung; Vermessung; allgemeine Bauverwaltung wird gegenüber dem im Vorjahr ausgewiesenen ordentlichen Ergebnis i.H.v. -281 T€ das Produkt mit -387 T€ rund 106 T€ schlechter geplant. Hintergrund ist der als Teilfinanzierung in Ansatz gebrachte Ausbau des Breitbandnetzes mit einem geschätzten Volumen i.H.v. 300 T€. Für den Ausbau des Breitbandnetzes werden im Gegenzug Kostenerstattungen i.H.v. ca. 200 T€ eingeplant. Das soll sicherstellen, dass nach Vorliegen der Breitbandstudie des Kreises, an dessen Finanzierung wir uns beteiligt haben, ein Teil der erforderlichen Maßnahmen unmittelbar im nächsten Jahr finanziert werden kann. Uns fehlen aktuell schnelle Breitbandverbindungen in Georgenborn und Wambach. Die Beseitigung dieses Standortnachteils ist vordringlich. Derzeit ist absehbar, dass insbesondere der Bund, komplementär dann auch das Land Hessen, hohe Mittel für den Breitbandausbau gerade auch im kommenden Jahr zur Verfügung stellen werden. Wir müssen gerüstet sein, diese hohen Zuschüsse frühzeitig nach Fertigstellung der Studie, die für Ende des Jahres angekündigt ist, in Anspruch nehmen zu können.

Ich will den Ergebnishaushalt mit einer positiven Meldung verlassen. Durch die Veränderungen bei den Zuweisungen für die Heilkurorte, als da wären: ein insgesamt höherer Zuschuss an die Heilbäder – Kommunen, Wegfall der großen Städte aus dem Fördersystem, neuer Verteilermodus mit Grundbetrag – erhöht sich unsere Einnahmeposition gegenüber dem Ansatz 2015 um 40.000.- Euro auf 150.000.- Euro (vgl. Nr.8 auf Seite 165). Das freut mich deshalb, weil ich mich seit Jahren für eine Veränderung eingesetzt hatte.

Im Investitionsplan sind die wesentlichen Positionen:

Von den Gesamtausgaben Sanierung Rathaus/Cafehalle von 2,7 Mio Euro in 2016: 1,5 Mio. Euro abzüglich der Fördermittel aus Stadtumbau in 2015: 300.000.- Euro

Nachrichtlich: für 2017 sind weitere 300.000.- Euro eingestellt bei einer Fördersumme von 362.000.- Euro.

Für Feuerwehrfahrzeuge entsprechend dem von der Gemeindevertretung beschlossenen Bedarfs- und Entwicklungsplan:

Investitionsausgaben von 160.000.- Euro bei einem erwarteten Zuschuss von 34.000.- Euro.

Sanierung Feuerwehrgerätehaus Schlangenbad 120.000.- Euro.

Gehwegeausbau OD Bärstadt 260.000.- Euro abzüglich erwartete Förderung aus GVFG – Mitteln: 130.000.- Euro und Beiträgen 130.000.- Euro.

Kanalauswechslung OD Hausen: 228.000,- Euro und OD

Bärstadt: 93.600.- Euro. Aktuell haben wir die

Kanalbaumaßnahme Hausen für 176.000.- € vergeben, werden also ca. 52.000.- € günstiger.

Es bleibt eine Finanzierungslücke von 2,05 Mio Euro.

Hinzu kommen die geplanten Maßnahmen im Bürgerhausbetrieb und in der Staatsbad Schlangenbad GmbH.

Der Bauboom in Deutschland, insbesondere bei uns im Rhein-Main-Gebiet hält an. Auch in den ersten sechs Monaten diesen Jahres wurden deutlich mehr Neu- und Umbauten genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Die Ursachen sind die niedrigen Bauzinsen, die hohe Nachfrage nach Wohneigentum, bedingt durch den Mangel anderer attraktiver Anlageformen, Turbulenzen am Aktienmarkt und viel Geld, das nach attraktiven Anlagemöglichkeiten sucht. Auch die zunehmenden Zahlen der „Menschen auf der Flucht“, die in Deutschland sind und deren Zahl weiter rasant zunimmt, erfordern dringend den Bau von Wohnraum. Ich verweise auf die derzeitige Diskussion zur Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Heute steht in der Zeitung, dass nach einer Untersuchung eines

einschlägigen Instituts in den kommenden Jahren jedes Jahr 400.000 Wohnungen zusätzlich erforderlich sind. Der anhaltende Bauboom und der Mangel an Fachkräften im Handwerksbereich führen dazu, dass die Baupreise weit überproportional steigen. Wir sehen dies sehr deutlich an unseren letzten umgesetzten Baumaßnahmen, z.B. beim KiTa - Ausbau in Bärstadt und bei einzelnen Gewerken der aktuellen Baumaßnahme Sanierung Rathaus und Cafehalle. Auch bei der Generalsanierung des Bürgerhauses Obergladbach ergab eine Überprüfung der Kostenschätzung durch das beauftragte Architekturbüro, dass der Kostenanschlag von 293.000 Euro auf 321.000 Euro zu erhöhen ist. Maßnahmen immer weiter zu verschieben, wie wir es seit langem praktizieren, kann nicht die Lösung sein. Dagegen spricht neben weiter steigenden Baupreisen der hohe Investitions- und Instandsetzungstau unserer im Vergleich zur Einwohnerzahl üppig ausgestatteten Infrastruktur mit Gemeinschaftseinrichtungen und einem großen Kanal- und Straßennetz. Günstiger wird es nicht, sondern tendenziell teurer. Ich gehe davon aus, dass – so lese ich den Sachverstand der veröffentlichten wirtschaftlichen Meinungsträger - die Zinsen vergleichsweise günstig bleiben werden. Langfristig werden die Zinsen auch irgendwann mal wieder steigen. Derzeit sehen das die meisten Wirtschaftsexperten - glaubt man ihren veröffentlichten Meinungen - nicht. Für Schlangenbad heißt das: Wir müssen sehen, dass wir im Rahmen der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts durch die Kommunalaufsicht möglichst viel investieren, um unseren Investitions- und Instandsetzungsbau abzubauen. Die Nettoneuverschuldung darf nicht unbegrenzt steigen, die Verschuldung kann aber – im Gegensatz zu den Kassenkrediten, die planmäßig zurückgeführt werden, bei den Investitionsdarlehen in den nächsten Jahren - nicht wesentlich sinken. Die Alternative zu zahlreichen Instandsetzungs- und

Investitionsnotwendigkeiten, die ich hier wiederholt dargestellt habe, nämlich die Menge an Einrichtungen zu reduzieren, wird von Ihnen als der insoweit zuständigen Gemeindevertretung aus guten Gründen nicht diskutiert. Sie ist daher auch für mich kein Thema mehr.

Aktuell stellt sich die Entwicklung der Verbindlichkeiten wie folgt dar:

Es bestanden Anfang 2016 Kommunaldarlehen i.H.v. 11.470 T€. Wir rechnen zum Jahresbeginn 2016 mit 11.501 T€ und zum Jahresende 2016 mit 13.076 T€. Hier schlägt sich im Wesentlichen die Kreditaufnahme für Cafehalle & Rathaus aus 2015 nieder. Hinzu kommen noch die Investitionskredite im BHB, die sich Anfang 2015 auf 580 T€ beliefen und voraussichtlich Anfang 2016 auf 1.327 T€ erhöhen und für Ende 2016 mit einem Volumen von 1.279 T€ prognostiziert werden. Wir liegen also Ende 2016 bei einer Summe von aufgerundet ca. 14.400 T€ Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen (ohne Staatsbad Schlangenbad GmbH).

Im Saldo nehmen wir mit Stand 07.09.2015 einen Kassenkredit i.H.v. 1.437 T€ in Anspruch. Sehr positiv machen sich die 1.032.000.- € aus dem Landesausgleichsstock für den Teilausgleich der Rechnungsfehlbeträge 2007 und 2008 bemerkbar. Der Betrag aus dem Landesausgleichsstock wurde komplett zur Rückführung der Kassenkredite verwandt. Ende 2016 rechnen wir mit ca. 2.600 T€ Kassenkrediten. Dieser zwischenzeitliche Anstieg des Kassenkredites resultiert aus der Vorfinanzierung der Investitionstätigkeiten im Jahr 2016, die im Verlauf des Jahres 2017 durch die Aufnahme von Investitionsdarlehen ersetzt werden muss. Aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erwarten wir einen Mittelzufluss, d.h. eine Verringerung des Kassenkreditvolumens. Anders ausgedrückt: Wir generieren einen positiven Cash – Flow aus dem laufenden

operativen Geschäft. Abschreibungen und Rückstellungen bleiben bei dieser Betrachtung unberücksichtigt. Damit ist die erste Stufe zum ausgeglichenen Haushalt erreicht.

Fazit: Wir haben viel umgesetzt und haben noch viele Maßnahmen vor uns. Angesichts der Struktur unserer Gemeinde mit ihren vielen Ortsteilen und Einrichtungen wird es auch in Zukunft sehr schwierig sein, den derzeitigen Status quo zu erhalten. Hoffen wir, dass weiterhin die Konjunktur in Deutschland „brummt“.

Danke!